



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GD Beschäftigung, Soziales und Integration

Beschäftigung und soziale Gesetzgebung, Sozialer Dialog
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen

31. Oktober 2011

**PROTOKOLL DER VOLLSTIZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DEN SEKTORALEN SOZIALEN
DIALOG IN DER REINIGUNGSBRANCHE VOM 21.10.2011**

Teilnehmer:

Gewerkschaftsvertreter:

Laila Castaldo (EU)	UNI Europa
Elisa Camellini (IT)	Filcams CGIL
Dominique Fervaille (BE)	FGTB
Michael Haim (AT)	OGB/VIDA
Jørgen Jørgensen (DK)	Serviceforbundet
Antonio Moruno Vivas (ES)	U.G.T.
Henriette Olofsen (DK)	3F
Owen Reidy (IE)	SIPTU
Juhani Salonen (FI)	PAM
Marina Tarrío Gonzalez (ES)	CC.OO.
Jonsson Torbjörn (SE)	Fastighets
Tarja Valkosalo (FI)	PAM
Estelle Winter (LU)	OGBL

Arbeitgebervertreter:

Andreas Lill (EU)	EFCI / FENI
Remi Loison (EU)	EFCI / FENI
Tiia Brax (FI)	KP
Steven De Cleer (BE)	ABSU-UGBN
Juan Dies de los Rios (ES)	ASPEL
Giuseppe Gherardelli (IT)	FISE
Johan Hult (SE)	ALMEGA
Mahriar Hussain (UK)	CSSA
Georg Lintner (AT)	BIG
Donatello Miccoli (IT)	FISE
Heike Möbus (DE)	BIV
Tibor Ritz (HU)	MATISZ
Norma Van Den Berg (NL)	ISS Nederland B.V.
Jeannette Werner (DK)	DI

Externe Sachverständige:

Monique Ramioul	Forschungsinstitut für Arbeit und Gesellschaft (HIVA) der Katholischen Universität Löwen, Belgien
Vassil Kirov	Institut für Gesellschafts- und Wissensforschung an der bulgarischen Akademie der Wissenschaften

Europäische Kommission/GD Beschäftigung, Soziales und Integration:

Nataša Kokić
Norbert Schöbel

Der vorgeschlagene Entwurf der Tagesordnung für die Sitzung wird angenommen. Der Entwurf des Protokolls der letzten Sitzung wird genehmigt.

1. Projekt „Work and Life Quality in New and Growing Jobs“ (WALQING): Das Problem der Qualität der Arbeit und gefährdeter Gruppen im Dienstleistungsgewerbe

Das übergeordnete Ziel dieses Projekts ist nach Aussagen von Frau Monique Ramioul und Herrn Vassil Kirov die Untersuchung von Arbeitsplätzen, die in Europa im Wachsen begriffen sind. Außerdem soll aufgezeigt werden, wie im Zusammenhang mit neu geschaffenen Arbeitsplätzen bessere Normen erzielt werden können und welche bewährten Verfahren es in Europa für hochwertige Arbeitsplätze gibt. Das Projekt erstreckt sich auf fünf Wirtschaftszweige, in denen in den letzten Jahren ein erheblicher Anstieg verzeichnet werden konnte: Reinigungsbranche, Gastronomie, Altenpflege, Bauwirtschaft und Abfallwirtschaft.

An diesem Projekt sind von Anfang an Interessengruppen beteiligt. Es wurden vier Länder für Fallstudien ausgewählt: Österreich, Belgien, Norwegen und Spanien. Die Forschungsaktivitäten wurden im Rahmen von Interviews mit Einzelpersonen durchgeführt, bei denen die Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Wirtschaftszweigen analysiert werden sollten. Für drei Länder (AT, BE, NO) wurden bereits Berichte vorgelegt¹. Die ersten Ergebnisse machen die Bedeutung des öffentlichen Beschaffungswesens im Dienstleistungsgewerbe, die Auswirkungen einer hochwertigen und effizienten Arbeit, von Arbeitszeitregelungen sowie der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung deutlich.

Zur Frage der geringen Löhne und der Nachtarbeit vertreten EFCI und UNI Europa unterschiedliche Standpunkte. EFCI hebt hervor, dass Nachtarbeit auf höchstens 10-12 % der gesamten Arbeitszeit beschränkt sei und die Löhne generell nicht niedrig seien. UNI Europa unterstreicht jedoch, dass die Löhne durchaus niedrig seien und das Reinigungspersonal häufig in Teilzeit arbeite. UNI Europa weist ferner darauf hin, dass es durchaus üblich sei, dass die Beschäftigten frühmorgens oder spätabends arbeiteten, auch wenn es zutrefte, dass Nachtarbeit für die Branche nicht charakteristisch sei. Nachdem die Niederlande, Österreich und Belgien Beispiele angeführt haben, wird deutlich gemacht, dass sich die Situation in jedem Land anders gestaltet. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass der Begriff „Nachtarbeit“ genau definiert werden müsse.

Alles in allem vermitteln die Fallstudien kein vollständiges Bild von der Gesamtsituation in Europa.

Schlussfolgerung: Die Studie, die sich auf vier Länder konzentriert, vermittelt kein allgemeines Bild von der Situation in Europa in den ausgewählten Wirtschaftszweigen. Es wird außerdem hervorgehoben, dass gute Beispiele als Zielvorgabe fungieren könnten. Den Sozialpartnern wird mitgeteilt, dass das Endergebnis dieses Projekts zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt wird.

Niedrige Löhne und Nachtarbeit sind nach wie vor ein Thema für zukünftige Diskussionen.

2. Austausch bewährter Verfahren zu den auf nationaler Ebene in der Reinigungsbranche entwickelten Normen: das Beispiel Österreichs und Finnlands

Herr Michael Haim (OGB/VIDA), Mitglied von UNI Europa, stellt die Praxis in Österreich vor und unterstreicht, wie wichtig es sei, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein gemeinsames Interesse verfolgten, und er verweist auf die Bedeutung von verständlichen Regeln für alle.

¹ Die Berichte sind auf folgender Website abrufbar: <http://www.walqing.eu/index.php?id=64>

Was die Messung von Reinigungsflächen anbetrifft, so richteten sich die Löhne nach der zu reinigenden Fläche. Die Messung sei für alle Firmen, die sie verwendeten, sehr einfach zu handhaben. Außerdem stelle sie eine solide Grundlage für Ausschreibungen dar.

Frau Tarja Valkosalo (PAM) stellt das Beispiel aus Finnland vor. Die Branche hat sich seit 1972 stark entwickelt. Der finnische Verband der Reinigungstechnologie hat damit begonnen, einen Plan zur Messung von Reinigungsarbeiten zu erstellen (Wahl der verwendeten Hilfsmittel, Räumlichkeiten, die Frage, wie viel Zeit für die Ausführung der Arbeiten ausreicht – Zeitwert, Regalfächen, Erholzeiten usw.). Ihres Erachtens kann die Forschungsarbeit nur von Menschen durchgeführt werden, die für Forschungen in dieser Branche ausgebildet und darauf vorbereitet sind. Die Messung und Berechnung der Arbeitszeit bilden eine gute Grundlage für Ausschreibungen.

Während der Diskussion pflichteten Arbeitgeber aus Österreich den Standpunkten von Herrn Haim bei. Es wird auch deutlich, dass nicht jedes Land denselben Rechtsrahmen besitzt – in Spanien ist das öffentliche Beschaffungswesen stark entwickelt, doch gestaltet sich die Umsetzung von europäischem Recht schwierig, ebenso wie in den Niederlanden.

Es wird hervorgehoben, dass die Wahl des billigsten Anbieters mit negativen Auswirkungen verbunden ist.

EFCI (Herr Lill) gelangt zu der Schlussfolgerung, dass Ausschreibungen und die Anwendung des Rechts von den einzelstaatlichen Behörden abhängig seien. Auch wenn das Wettbewerbsrecht in den Zuständigkeitsbereich der EU falle, werde es in Europa unterschiedlich umgesetzt. Ein sehr niedriger Preis gebe nicht unbedingt Aufschluss über die Qualität der Dienstleistung. Außerdem sei es sinnvoll, den Fall Österreich näher zu beleuchten.

3. Das dänische Beispiel zu unlauterem Wettbewerb und verantwortungsvoller Auftragsvergabe:

Das Beispiel ISS aus Dänemark – Präsentation von Henriette Olofsen, Mitglied von UNI Europa (3F – Dänemark)

Frau Henriette Olofsen (3F) stellt das Beispiel ISS vor. Es wurde ein neuer Tarifvertrag geschlossen, mit dem eine Reihe von Bestimmungen zur Untervergabe eingeführt wurde. Dieser Tarifvertrag sollte für faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in der Reinigungsbranche sorgen.

Sie bezieht sich auf einen konkreten Fall in Dänemark. Eine Schule hatte bei der Einstellung ausländischer Arbeitnehmer Probleme im Zusammenhang mit dem Mindestlohn und der Anwendung des dänischen Tarifvertrags. Dank des neuen Tarifvertrags konnte ISS eine Lösung finden, die zuvor nicht möglich gewesen wäre. Die Arbeitgeber gaben den Gewerkschaften die Möglichkeit, Einsicht in eine Liste von Firmen zu nehmen, die keine Unterauftragnehmer beschäftigten. EFCI (Andreas Lill) hebt hervor, dass Gewerkschaften und Unternehmen zusammengearbeitet und dank einer Bestimmung im Tarifvertrag zur Untervergabe die Probleme erkannt hätten.

Schlussfolgerung: Es ist wichtig, dass die Unternehmen dieselben Regelungen zur Untervergabe anwenden.

4. Bericht über den aktuellen Sachstand der Änderung der EU-Richtlinien zum öffentlichen Beschaffungswesen durch Laila Castaldo (UNI Europa) und Andreas Lill (EFCI)

UNI Europa (Laila Castaldo) gibt einen Überblick über die europäische Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen, die geändert werden soll. Der letzte Legislativvorschlag stamme aus dem Jahr 2004, und es sei geplant, dass die Europäische Kommission am 13. Dezember 2011 einen Legislativvorschlag zur Änderung der bestehenden Richtlinie

vorlege. Der Bericht des EP-Ausschusses für den Binnenmarkt werde auf der nächsten Plenarsitzung Ende Oktober zur Abstimmung gestellt.

In der Vergangenheit seien die Verträge weitgehend an den Anbieter mit dem geringsten Preis vergeben worden. Man hoffe, dass sich die geänderte Richtlinie an der besten Qualität und nicht am niedrigsten Preis orientieren werde. Für die Reinigungsbranche sei ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis sehr wichtig. EFCI (Andreas Lill) pflichtet UNI Europa bei und unterstreicht, dass das Thema öffentliches Beschaffungswesen häufiger auf der Tagesordnung des Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog stehen sollte.

Schlussfolgerung: Die Sozialpartner sind verpflichtet, dieser Richtlinie nachzukommen. Es ist geplant, dass die GD MARKT nächstes Jahr einen Vortrag hält.

5. Anschlussdiskussion zur Repräsentativitätsstudie, erstellt im Auftrag der GD Beschäftigung durch die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

EFCI (Andreas Lill) erklärt den Sachstand. Beide Seiten – die Mitglieder von UNI Europa und von EFCI – seien im Zusammenhang mit nationalen Berichten kontaktiert worden. Die Antworten seien gut aufeinander abgestimmt worden. Probleme seien in Italien und Schweden festgestellt worden.

Die Europäische Kommission erklärt, dass die Repräsentativitätsstudie 2012 fertig gestellt werden sollte. Außerdem werde Eurofound zu einer der Sitzungen des Verbindungsforums im Jahr 2012 eingeladen, auf der die Sozialpartner die Möglichkeit bekämen, alle Probleme rund um Repräsentativitätsstudien zu erörtern.

6. Termine der nächsten Sitzungen 2012

UNI Europa, EFCI und die Europäische Kommission vereinbaren vorläufige Termine für die Sitzungen 2012. Es werden noch kleinere Änderungen vorgenommen, so dass die endgültigen Termine erst Ende November 2011 bestätigt werden können.

7. Sonstiges

Keine weiteren Anmerkungen.